

Tobias Huff

Natur und Industrie im Sozialismus

Eine Umweltgeschichte der DDR



V&R

V&R Academic

Tobias Huff, Natur und Industrie im Sozialismus

Umwelt und Gesellschaft

Herausgegeben von

Christof Mauch und
Helmuth Trischler

Band 13

Vandenhoeck & Ruprecht

© 2015, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 9783525317174 — ISBN E-Book: 9783647317175

Tobias Huff, Natur und Industrie im Sozialismus

Tobias Huff

Natur und Industrie im Sozialismus

Eine Umweltgeschichte der DDR

Vandenhoeck & Ruprecht

© 2015, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen

ISBN Print: 9783525317174 — ISBN E-Book: 9783647317175

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Gedruckt mit Unterstützung Rachel Carson Center for Environment and Society, München.
Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt beim Autor.

Mit 9 Abbildungen, 4 Karten und 1 Tabelle

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-647-31717-5

Weitere Ausgaben und Online-Angebote sind erhältlich unter: www.v-r.de

Umschlagabbildung: Braunkohlewerk Espenhain 1990 © picture alliance / zb

Zugl.: Universität Freiburg, Dissertation »Hinter vorgehaltener Hand.
Debatten über Wald und Umwelt in der DDR« (2012).

© 2015, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen /
Vandenhoeck & Ruprecht LLC, Bristol, CT, U.S.A.
www.v-r.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages. Printed in Germany.

Satz: textformart, Göttingen | www.text-form-art.de
Druck und Bindung: ☉ Hubert & Co, Göttingen

© 2015, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 9783525317174 — ISBN E-Book: 9783647317175

Inhalt

Einleitung	7
1. Die 1950er Jahre – zwei Pioniere	37
1.1 Reinhold Lingner – ein Visionär	38
1.1.1 Der Sozialismus und die Umwelt	39
1.1.2 Ein erster Ansatz: Die Landschaftsdiagnose	44
1.2 Erich Zieger – ein früher Netzwerker	67
1.2.1 Geschichte der Rauchschaftenforschung in Tharandt	67
1.2.2 Erich Zieger	72
1.2.3 Die Großraumdiagnose	87
1.3 Zwischenfazit	102
2. Die 1960er Jahre – im Windschatten	105
2.1 Die Rauchschaftenforschung in den 1960er Jahren	106
2.1.1 Streit um die Großraumdiagnose	107
2.1.2 Einfluss und Ohnmacht der Rauchschaftenforschung	125
2.2 Entwicklungstendenzen in Wald und Gesellschaft	151
2.3 Zwischenfazit	164
3. Die 1970er Jahre – Aufbruch und Stagnation	166
3.1 (K)ein Weg nach Stockholm – Die DDR als Vorreiter der europäischen Umweltgesetzgebung?	167
3.1.1 Durch die Hintertür zum Ziel: Die SED entdeckt die Umwelt	167
3.1.2 Das Landeskulturgesetz	171
3.1.3 Mit Macht nach Stockholm	176
3.1.4 Hans Reichelt und das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft	177
3.1.5 Exkurs: Ministerrat und Politbüro	180
3.1.6 Ende der »Goldenen Jahre«	181
3.1.7 Reinhaltung der Luft	183
3.2 Die »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik«	187
3.2.1 Der VIII. Parteitag der SED und die Umwelt	187
3.2.2 Die Herausforderung der westlichen Umweltdebatte	200
3.2.3 Stellenwert der Forstwirtschaft als Wirtschaftszweig	209

3.3 Stagnation und Konflikte	219
3.3.1 Wachsende Unzufriedenheit im Erzgebirge	220
3.3.2 Ein sperriger Freund: Verhandlungen mit der ČSSR	225
3.3.3 Hinhaltendes Taktieren: Die DDR und die Luftreinhaltekonvention	235
3.4 Zwischenfazit	250
4. Die 1980er Jahre – Importüberschüsse	253
4.1 Waldschäden und Luftreinhaltepolitik	255
4.1.1 Das Umweltministerium und sein Kampf um Entlastung	258
4.1.2 Die bundesdeutsche Waldsterbensdebatte	274
4.1.3 Waldschäden im Osten	279
4.1.4 »Waldsterben« in der DDR	304
4.2 Kirche und Umweltbewegung	313
4.2.1 Die theologischen und theoretischen Wurzeln	314
4.2.2 Die Friedensbewegung in der DDR	316
4.2.3 Hans-Peter Gensichen und das Forschungsheim Wittenberg	322
4.3 Kampf um die Öffentlichkeit	336
4.3.1 Gruppen und Aktionen	338
4.3.2 Offener Protest, Kirchenpresse und Samisdat	354
4.3.3 Waldschutz über die Mauer hinweg	376
4.3.4 Gegenbewegungen	384
4.4 Ökonomischer und Ökologischer Bankrott des Regimes	397
4.4.1 Smog-Alarme	400
4.4.2 »Eine Mark für Espenhain«	403
4.5 Zwischenfazit	408
Fazit	411
Danksagung	426
Bildnachweis	428
Abkürzungen	429
Verzeichnis der verwendeten Quellen und der Literatur	433
Personenregister	466

Einleitung

Am 31. August 1985 bricht der Künstler Eberhard Göschel, begleitet von seiner Familie und einigen Freunden aus den Niederlanden, auf zu einer Kunstaktion. Vom Ferienhaus des Künstlers zieht die Gruppe in einen abgelegenen Talkessel, um dort zwei Tage lang abgestorbene Bäume wieder aufzurichten und türkis-grün anzustreichen. Nahezu zeitgleich findet in Heidelberg eine Ausstellung unter dem Titel *Der Baum*¹ statt, an der sich rund hundert Kunstschaffende beteiligen.² Während allerdings die Heidelberger Schau staatlich alimentiert wird und im *SPIEGEL* Erwähnung findet, erhält der Dresdner Eberhard Göschel eine Vorladung der Volkspolizei. Es folgt eine Reihe von Verhören durch die Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit und die Verbrennung der Installation durch den zuständigen Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb, der Göschel dafür eine Rechnung über 430,44 M schickt; Betreff: die »Wiederherstellung der Ordnungsmäßigkeit im Waldteil Fürstenu«. ³

Die angeführte Episode könnte als Substrat der bisherigen deutsch-deutschen Umweltgeschichte dienen. In der Bundesrepublik erreichte die kollektive Sorge um die Gesundheit der Wälder, als Chiffre für den Erhalt der Umwelt, eine bisher unbekannte gesellschaftliche Breite und Tiefe. Sie brachte Menschenmassen auf die Straße, Schulklassen auf Waldlehrpfade und Tempo 100-Aufkleber auf Kofferraumdeckel und Stoßstangen. Die Innenpolitik der 1980er Jahre mit ihren vielfältigen umweltgesetzlichen Vorhaben zur Emissionsreduzierung ist ohne die Waldsterbensdebatte nicht zu denken, und Nils Freytag sieht das »Waldsterben« – neben der Ölkrise – als die prägende Umweltdebatte der Bundesrepublik an.⁴ In der DDR hingegen ging die Staatsmacht gegen die Tat eines Einzelnen vor, setzte den exekutiven Apparat in Gang, um den devianten Künstler zu disziplinieren, und vernichtete alle Hinweise auf sein Tun. Vier Monate später, im Januar 1986, führte der SED-Generalsekretär Erich Honecker in einem Interview mit der *Zeit* aus, dass es in der DDR keine »sterbende[n] Wälder«

1 »Einfache« Anführungszeichen werden in der vorliegenden Arbeit bei vereinfachenden, umgangssprachlichen Begriffen sowie bei zeitgenössischen Begriffen verwendet, die keinem bestimmten Zitat entstammen. »Doppelte« Anführungszeichen kennzeichnen im Folgenden Zitate. Kursiv werden im Fließtext fremdsprachige Wortgruppen sowie Titel von Publikationen, Zeitschriften oder Veranstaltungen gesetzt.

2 Künstler gegen Baumsterben, in: *Spiegel* 40, 1985, 307.

3 Vgl. zum Vorgang S. 347.

4 Nils Freytag, *Deutsche Umweltgeschichte – Umweltgeschichte in Deutschland. Erträge und Perspektiven*, in: *Historische Zeitschrift* 283, 2006, 383–407, 385.

gebe.⁵ Der Westen erlebte ein Jahrzehnt der ökologischen Sensibilisierung, während im Osten Vertuschung und Ignoranz vorherrschten.

Eines der großen Narrative des vereinigten Deutschlands ist es, die alte Bundesrepublik als umweltpolitische Erfolgsgeschichte zu interpretieren und gleichzeitig das ökologische Versagen der DDR herauszustellen. Es ist sicher richtig, dass der ›Saure Regen‹, der in der Bundesrepublik für die Waldschäden verantwortlich gemacht wurde, und die Luftverschmutzung nicht an der innerdeutschen Grenze haltgemacht haben. Ebenso trifft es zu, dass es der Bundesrepublik gelungen ist, die Emissionen von Schwefeldioxid eindrucksvoll zu senken, während die DDR bei ihrem Zusammenbruch 1989 eine lokal desaströse Umweltsituation hinterließ, die sich in Form von qualmenden Chemiefabriken, Restlöchern und Abraumhalden des Braunkohletagebaus und entwaldeten Hängen im Erzgebirge ins ikonographische Gedächtnis eingebrannt hat.

Es sei jedoch hier als eine erste Hypothese formuliert, dass die Wahrnehmung und Interpretation des Untergangs der DDR von der Projektion westdeutscher Ängste und von zutiefst zeitgebundenen ökologischen Deutungsmustern überlagert ist, die seit 1989 unhinterfragt reproduziert werden. Die Ende der 1980er Jahre in der Bundesrepublik verbreitete Überzeugung, dass Umweltkatastrophen wie das Waldsterben und das Reaktorunglück in Tschernobyl Ausdruck eines tief gestörten Mensch-Umwelt-Verhältnisses seien, das letztlich in den Zusammenbruch aller menschlicher Zivilisation münde, fand mit dem Ende der DDR eine beeindruckende Bestätigung.⁶ Der Untergang der DDR wird mit Elementen des von Jared Diamond beschriebenen »Ökozids« versetzt⁷ und widersetzt sich hartnäckig einer nüchternen Aufarbeitung.⁸

5 Erich Honecker, Wir sind für den Frieden auf der Erde und im Kosmos. Interview des Chefredakteurs der BRD-Wochenzeitung »Die Zeit«, Dr. Theo Sommer 24. Januar 1986, in: Erich Honecker (Hrsg.), Reden und Aufsätze. Berlin 1987, 219–248, 224.

6 Uekötter sieht die Beschäftigung mit ökologischen Themen geradezu als ein »Element der bundesdeutschen Identität« an, und die Vorstellung, dass der Begriff ›Umwelt‹ die »festgefühten Mauern der kommunistischen Herrschaft in Ostmitteleuropa unterminieren half«, ist eine sehr deutsche. Frank Uekötter, Am Ende der Gewissheiten. Die ökologische Frage im 21. Jahrhundert. Frankfurt 2011, 15 und Martin Sabrow, Pathosformeln des 20. Jahrhunderts. Kommentar zu Christian Geulen, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe 7, 2010, 1.

7 Vgl. Horst Förster, Julia Herzberg, Martin Zückert, Umweltgeschichte(n) Ostmitteleuropas. Eine Einführung, in: Horst Förster, Julia Herzberg, Martin Zückert (Hrsg.), Umweltgeschichte(n). Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 4. bis 7. November 2010. Göttingen 2013, 1–5, 2. Diamond selbst sah den Zusammenbruch der DDR als ökonomisch begründet an, auch wenn die DDR ihre Ressourcen teilweise erheblich strapaziert habe und es lokal zu dramatischen Verschmutzungserscheinungen gekommen sei. Jared Diamond, Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen. Frankfurt 2006, 18–19.

8 Zu einer ähnlichen Einschätzung kam auch Astrid M. Eckert, die schrieb, dass »der politische Kontext der frühen 1990er Jahre [...] als ein Hindernis« zu werten sei, »dem Thema

An diesem Punkt setzt die vorliegende Arbeit an. Das Ziel ist es, die bestehenden Deutungen vom ökologischen Musterstaat auf der einen Seite und der ignoranten, vertuschenden DDR auf der anderen Seite aufzubrechen. Die zugrunde liegende Fragestellung kann daher nicht lauten, in welchem ›tatsächlichen‹ Zustand die ost- und westdeutschen Wälder denn nun waren, ob die eine Partei stark über- oder die andere erheblich untertrieben habe, und wer mit seinen Interpretationen des Waldzustandes denn nun ›Recht‹ hatte. Vielversprechender scheint es, an den Ausgang aller Überlegungen die Frage zu stellen, warum in dem einen deutschen Staat Waldschäden eine so ungeheure gesellschaftliche Bedeutung gewannen, während sie im anderen auf den ersten Blick kaum eine besondere Rolle zu spielen schienen, zumal den Deutschen im Allgemeinen ein besonderes Verhältnis zum Wald nachgesagt wird.⁹

Eine naheliegende Antwort, dass unter den Bedingungen der SED-Diktatur eben keine solch intensive Debatte möglich war – wie es auch das einleitende Beispiel suggeriert –, ist so trivial wie unbefriedigend. Im Subtext dieser Feststellung schwingt die Annahme mit, dass die Bevölkerung der DDR eine ebenso breite Debatte über Waldschäden gewünscht habe. Die Interessen, Einstellungen und Überzeugungen der Westdeutschen werden im Zuge dieser Annahme normativ auf die DDR-Bürger übertragen, die allerdings das Risiko scheuten, das im zweiten deutschen Staat mit missliebigem Verhalten einhergehen konnte. Dieses simple Modell ist zurückzuweisen, denn diese Studie ist an einer autonomen DDR-Umweltgeschichte interessiert. Diese Geschichte kann angesichts des gewählten Zugangs nicht ohne den Fluchtpunkt der bundesdeutschen Waldsterbensdebatte auskommen. Allerdings wird die Entwicklung in der Bundesrepublik nicht als Norm verstanden, an der sich die Ereignisse in der DDR zu messen haben. Stattdessen wird die Debatte über immissionsbedingte Waldschäden als Ausgangspunkt für eine Kombination zweier Begriffe genutzt, die sich nach dem ersten Empfinden gegenseitig ausschließen: DDR und Umweltpolitik. Die DDR wird dabei als eigenständiger Staat mit eigener Chronologie verstanden, dessen Akteure eigenständige Debatten prägten. Die bundesdeutsche Waldsterbensdebatte, als deren Beginn in der Forschung eine *SPIEGEL*-Serie im November 1981 gilt, wird somit Teil eines ostdeutschen Diskurses und nicht dessen Auftakt. Sie ist damit auch ein Teil der speziellen deutschen Verflechtungsgeschichte, wobei der konkrete Fall sich weniger asymmetrisch ausnimmt. Denn ohne den intensiven Blick nach Osten, ohne die Bilder aus dem

gerecht zu werden«. Astrid M. Eckert, Geteilt, aber nicht unverbunden. Grenzgewässer als deutsch-deutsches Umweltproblem, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 62, 2014, 69–99, 69.

9 Ursula Brey Mayer, Unter Bäumen. Die Deutschen und der Wald; [Ausstellungshalle Deutsches Historisches Museum Berlin 2. Dezember 2011 bis 4. März 2012]. Dresden 2011; Albrecht Lehmann, Von Menschen und Bäumen. Die Deutschen und ihr Wald. Reinbek bei Hamburg 1999 und Albrecht Lehmann, Der deutsche Wald, in: Etienne François, Hagen Schulze (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte Bd. III. München 2001, 187–200.

Erzgebirge hätte die Debatte im Westen vielleicht nicht die gesellschaftliche Wucht erreichen können, um im nächsten Schritt wieder mobilisierend und die jungen Umweltgruppen schützend in die DDR zurückwirken zu können.¹⁰

Das gesteckte Ziel ist nur zu erreichen, wenn die Umweltpolitik der DDR in einem ersten Schritt einer ausgedehnten vertikalen und horizontalen Analyse unterzogen wird. In der Geschichtswissenschaft wird die DDR in einem starken Maße – dem Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus folgend – von ihrer Führungsspitze und von ihrem zeitlichen Ende her erfasst. Diese Sichtweise erschwert den analytischen Blick darauf, auf welcher Grundlage das ›Oben‹ seine Entscheidungen traf. Für ein differenziertes Urteil müssen daher neue Ebenen erschlossen und nach weiteren Akteuren in der DDR-Umweltgeschichte gesucht werden. Die gesamte DDR auf das Politbüro oder das Zentralkomitee zu reduzieren, ist diesem Ansatz tendenziell hinderlich. Das ZK der SED gliederte sich in Sekretariate und Abteilungen, die Bezirksebenen kamen dazu. Daneben stand die staatliche Ebene mit Ministerien und der nachgeordneten Verwaltung. Hinzu kamen die gesellschaftlichen Kräfte – etwa die Gesellschaft für Natur und Umwelt – und die Wissenschaftler an den Akademien und Universitäten.

Der zweite Schritt besteht in einer Ausdehnung des Untersuchungszeitraums. Die ökologische Abschlussbilanz der DDR wurde bereits mehrfach erfasst und beschrieben.¹¹ Doch um die Frage, wie es soweit kommen konnte, fundiert beantworten zu können, ist es nicht ausreichend, allein die umweltpolitischen Entscheidungen des Waldsterbensjahrzehnts der 1980er Jahre zu untersuchen. Welche umweltpolitischen Überlegungen gab es etwa 1969 in der DDR, als das Wort ›Umweltschutz‹ in den deutschen Sprachschatz einging und welche ökologischen Maßstäbe legte die SED-Führung unter Ulbricht 1949 an, als sie sich an den Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes machte? Das geschilderte Herangehen und die aufgeworfenen Fragen dienen auch dem Schutz, nicht in die Teleologie-Falle der DDR-Geschichtsschreibung zu laufen. Das Ende der DDR soll und kann damit nicht ausgeblendet werden, doch sollen die im zweiten

10 Siehe zum Konzept der »asymmetrischen Verflechtungsgeschichte« Christoph Kleßmann, Spaltung und Verflechtung. Ein Konzept zur integrierten Nachkriegsgeschichte, in: Christoph Kleßmann, Peter Lautzas (Hrsg.), Teilung und Integration. Schwalbach/Ts. 2006, 20–36.

11 Siehe etwa Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Eckwerte der ökologischen Sanierung und Entwicklung in den neuen Ländern. Bonn 1990; Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Informationen zur Entwicklung der Umweltbedingungen in der DDR und weitere Maßnahmen. Basisjahr 1988. Material zur Vorlage am Runden Tisch. Berlin 1990; Institut für Umweltschutz, Umweltbericht der DDR. Information zur Analyse der Umweltbedingungen in der DDR und zu weiteren Maßnahmen. Berlin 1990 oder Ulrich Petschow, Jürgen Meyerhoff, Claus Thomasberger, Umweltreport DDR. Bilanz der Zerstörung, Kosten der Sanierung, Strategien für den ökologischen Umbau. Frankfurt 1990.

deutschen Staat entwickelten umweltpolitischen Konzepte und Überlegungen nicht mit einem bereits auf 1989 schielenden Auge bewertet und damit tendenziell abgewertet werden. Das umweltpolitische Programm der DDR wird stattdessen als Lösungsansatz für erkannte Probleme ernst genommen und die politischen Entscheidungen im jeweiligen Kontext analysiert.

Was für die Staats- und Parteiebene der DDR gilt, gilt für die zumeist kirchlich gebundenen Basis- und Ökologiegruppen in noch größerem Maße: Das historische Narrativ ist im Falle der Gruppen noch stärker auf das Ende der DDR ausgerichtet. Damit sei die zweite Hypothese konturiert. Es gehört zu den – hier unbestrittenen – Ergebnissen der Forschung, dass sich auch in der DDR ab Ende der 1970er Jahre zunehmend mehr Menschen für ökologische Fragestellung interessierten und sich abseits der sanktionierten gesellschaftlichen Organisationen in Gruppen unter dem Dach der Kirche zusammenschlossen. Doch der unausgesprochene Konsens, die Aktivitäten der Basisgruppen, ihre Entstehung, ihr Wirken, ihre Ziele und ihre Kommunikation untereinander und mit der Gesamtgesellschaft auf eine teleologische Deutung zu beschränken und auf den Herbst 1989 auszurichten, wird hier kritisch hinterfragt.

Die Debatte um immissionsbedingte Waldschäden dient damit in letzter Konsequenz der schärferen Konturierung der Umweltpolitik des zweiten deutschen Staates. Der Anspruch ist es, aus dem ökologischen Bereich heraus, die DDR-Geschichte mit einer größeren Tiefenschärfe zu versehen, die DDR als Staat und Gesellschaft plastischer erscheinen zu lassen und ihre spezifischen Entscheidungslogiken verständlicher zu machen.¹²

Forschungsstand

Die beispielhaft angeführten Studien sind ein Indiz dafür, dass die beiden BRD-Historiker Norbert Frei und Ulrich Herbert mit ihrer 2012 vertretenen Auffassung, die DDR sei sehr gut erforscht und es gebe eigentlich nicht mehr viel zu tun, nicht ganz richtig lagen. Sie stellten eine gewisse Langeweile bei der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte fest, die sie an der »Staatsdoktrin« in

¹² Die Zahl der Detailstudien mit einem ähnlichen Anspruch hat in den Jahren nach dem zwanzigjährigen Jubiläum des Mauerfalls zugenommen. Siehe etwa Katrin Bobsin, *Das Presseamt der DDR. Staatliche Öffentlichkeitsarbeit für die SED*. Köln u. a. 2013; Alexander Bruce Burdumy, *Sozialpolitik und Repression in der DDR. Ost-Berlin 1971–1989*. Essen 2013; Elise Catrain, *Hochschule im Überwachungsstaat. Struktur und Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit an der Karl Marx-Universität Leipzig (1968/69–1981)*. Leipzig 2013; Anke Fiedler, *Medienlenkung in der DDR*. Köln u. a. 2014; Matthias Lienert, *Zwischen Widerstand und Repression. Studenten der TU Dresden 1946–1989*. Köln 2010; Michael Meyen, Anke Fiedler (Hrsg.), *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR*. Berlin 2011 oder Andrew I. Port, *Die rätselhafte Stabilität der DDR. Arbeit und Alltag im sozialistischen Deutschland*. Berlin 2010.

allen »offiziellen Schriften« festmachten.¹³ Das DDR-Archivgut besteht allerdings nicht allein aus offiziellen Schriften, sondern auch aus internen Mitteilungen aus dem Staats- und Parteiparat. Wenn etwa die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt »eine beängstigende Absterbequote« in den Wäldern nach Berlin meldet¹⁴ oder der Landwirtschaftsminister Bruno Kiesler von einem »katastrophale[n] Ausmaß« sprach¹⁵, dann sind das keine abgedroschenen Phrasen, sondern interessante, neue Befunde, die einer historiographischen Aufarbeiten bedürfen. Das Urteil von Frei und Herbert trifft auf Teilaspekte der DDR-Geschichte sicher zu, etwa die politische Ereignisgeschichte. Für die Umweltgeschichte besteht jedoch noch ein erheblicher Forschungsbedarf, denn die einschlägigen Überblicksdarstellungen haben sich bisher weitgehend an Hans-Ulrich Wehlers Diktum von der »Fußnote« gehalten.¹⁶ So nimmt in den Arbeiten der führenden deutschen Umwelthistoriker die DDR keinen bis wenig Raum ein, und es besteht die Neigung, Deutschland nach 1945 mit der Bundesrepublik gleichzusetzen. In der Mehrzahl der Arbeiten liegt der inhaltliche Schwerpunkt mit großen Disproportionen auf der Bundesrepublik.¹⁷ Jedoch deutet sich aktuell ein Wandel an, denn die ökologische Situation der DDR findet zunehmend

13 Franziska Augstein, *Der stumme Gast. Wie schreibt man deutsche Zeitgeschichte?* Die Historiker Norbert Frei und Ulrich Herbert diskutieren in München, in: *Süddeutsche Zeitung*, 27.1.2012, 13.

14 BStU BV KMSt. 2928 Ministerium für Staatssicherheit, Umweltbelastung- und Umweltschutz im Bezirk Karl-Marx-Stadt 1977–1986, Schreiben vom 12.6.1981.

15 SAPMO DY 30/1739 Bruno Kiesler, *Komplexe Analyse zur Forstschutzsituation in den Wäldern der DDR*. 10.11.1981, pag. 2.

16 Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Fünfter Band. Bundesrepublik und DDR 1949–1990. München 2008, 361.

17 David Blackbourn, *The Conquest of Nature. Water Landscape and the Making of Modern Germany*. 2. Aufl. London 2006; Franz-Josef Brüggemeier, *Natur, Gesundheit, Eigentum. Zur Entwicklung des Umweltbewusstseins in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert*, in: Michael Kloepper (Hrsg.), *Schübe des Umweltbewusstseins und der Umweltrechtsentwicklung*. Bonn 1995, 1–17; Franz-Josef Brüggemeier, *Tschernobyl*, 26. April 1986 – die ökologische Herausforderung. 2. Aufl. München 1999; Franz-Josef Brüggemeier, *Umweltgeschichte. Erfahrungen, Ergebnisse, Erwartungen*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 43, 2003, 1–18; Franz-Josef Brüggemeier, Jens Ivo Engels, *Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen*. Frankfurt, New York 2005; Raymond H. Dominick, *The Environmental Movement in Germany. Prophets & Pioneers 1871–1971*. Bloomington (Indiana) 1992; Kai F. Hünemörder, *Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950–1973)*. Stuttgart 2004; Michael Kloepper, *Zur Geschichte des deutschen Umweltrechts*. Berlin 1994; Michael Kloepper, *Umweltrechtsentwicklung in Deutschland nach 1945*, in: Kloepper, *Schübe*, 91–131; Christof Mauch, David Blackbourn (Hrsg.), *Nature in German History*. New York 2004; Joachim Radkau, *Natur und Macht. Eine Weltgeschichte der Umwelt*. München 2002; Joachim Radkau, *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte*. München 2011; Frank Uekötter, *Von der Rauchplage zur ökologischen Revolution. Eine Geschichte der Luftverschmutzung in Deutschland und den USA 1880–1970*. Essen 2003 sowie Uekötter, *Ende*.

in Publikationen Beachtung.¹⁸ Differenzierter als für die Umweltgeschichte im Allgemeinen ist die historische Aufarbeitung des Naturschutzwesens in der DDR zu beurteilen. Neben zahlreichen Publikationen zum Thema ist vor allem die Arbeit des Studienarchivs Umweltgeschichte des Institutes für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung an der Hochschule Neubrandenburg um Hermann Behrens zu nennen.¹⁹ Für den Bereich der Umweltgeschichte sieht Kai Hünemörder eine Ursache des Ungleichgewichts in der schlechten Quellenlage. Für die Bundesrepublik könne der Historiker auf tausende von Zeitungsartikeln, Hörfunkmanuskripten und Umfragen zurückgreifen, um den »geistesgeschichtlichen Sinneswandel« nachzuzeichnen, den die aktuelle Forschung um das Jahr 1970 datiert.²⁰ Für die DDR existiere ein solches Quellenkonvolut nicht. Zudem sei es die Tendenz der Forschung, einen ähnlichen Sinneswandel für die DDR abzulehnen. Ähnlich der zeitgenössischen Forschung²¹ und der

18 Siehe etwa Eckert, Geteilt; Hermann Behrens, Die Umweltbewegung in der DDR. Begriffsbestimmung und Versuch einer umwelthistorischen Einordnung, in: Förster, Herzberg, Zückert, Umweltgeschichte(n), 317–341 und Andreas Thüsing, Ökologie in der DDR. Staatlicher Umweltschutz in der Ära Honecker, in: Historisch-Politische Mitteilungen 20, 2013, 147–170.

19 Das Studienarchiv hat mehrere zehntausend Einzelausgaben von etwa tausend Zeitschriften mit überwiegend naturschützerischer Ausrichtung zusammengetragen. An Publikationen zum Naturschutz in der DDR siehe Markus Rösler, Elisabeth Schwab, Markus Lambrecht, Naturschutz in der DDR. Bonn 1990; Hermann Behrens, Ulrike Benkert, Jürgen Hopfmann, Uwe Maechler, Wurzeln der Umweltbewegung. Die »Gesellschaft für Natur und Umwelt« (GNU) im Kulturbund der DDR. Marburg 1993; Regine Auster, Landschaftstage. Kooperative Planungsentwicklung in der Landschaftsentwicklung: Erfahrungen aus der DDR. Marburg 1996; Hermann Behrens, Naturschutz und Landeskultur in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR. Ein historischer Überblick, in: Günter Bayerl, Torsten Meyer (Hrsg.), Die Veränderung der Kulturlandschaft. Nutzungen, Sichtweisen, Planungen. Münster, New York 2003, 213–271; Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung, Naturschutz in den neuen Bundesländern – ein Rückblick. Marburg 1998; Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung, Umweltschutz in der DDR. Band 1: Politische und umweltrechtliche Rahmenbedingungen. München 2007; Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung, Umweltschutz in der DDR. Band 2: Mediale und sektorale Aspekte. München 2007; Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung, Umweltschutz in der DDR. Band 3: Beruflicher, ehrenamtlicher und freiwilliger Umweltschutz. München 2007 und Hermann Behrens, Naturschutzgeschichte und Naturschutzbeauftragte in Berlin und Brandenburg. Friedland 2010.

20 Kai F. Hünemörder, 1972 – Epochenschwelle der Umweltgeschichte?, in: Brüggemeier, Engels, Natur- und Umweltschutz, 124–144.

21 Christiane Busch-Lüty, Zur Umweltproblematik in sozialistischen Systemen. Ideologie und Realität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1981, 18–46; Doris Cornelsen, Umweltprobleme und Umweltbewusstsein in der DDR, in: Gegenwartskunde – Zeitschrift für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung 37, 1989, 47–56; Josef Füllenbach, Umweltschutz zwischen Ost und West. Umweltpolitik in Osteuropa und gesamteuropäische Zusammenarbeit. Bonn 1977; Hans-Hermann Höhmann, Gertraud Seidenstecher, Thomas Vajna, Umweltschutz und ökonomisches System in Osteuropa. Drei Beispiele: Sowjetunion DDR Ungarn. Stuttgart u. a. 1973; Hans-Hermann Höhmann, Umweltschutzpolitik, in: Klaus

unmittelbar nach der Wende erschienenen, ersten Aufarbeitungen²² bescheinigt auch die aktuelle Forschung der DDR, eine moderne und fortschrittliche Umweltgesetzgebung hervorgebracht zu haben. Allerdings habe diese unter einem massiven Vollzugsdefizit gelitten, ja sie sei wie die Gründung des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwirtschaft 1971 primär ein Instrument der Außenpolitik gewesen. Radkau betont, dass sich die DDR im Vorfeld der Stockholmer Umweltkonferenz mit ihrem Umweltministerium habe profilieren wollen. Er schränkt seine Aussage allerdings dahingehend ein, dass es über »dessen Aktivität [...] bis heute nur spärliche Informationen« gebe.²³

Als Grund für das Vollzugsdefizit gilt das mangelnde Interesse der politischen Führung an ökologischen Fragestellungen, vor allem in der Gestalt des Wirtschaftssekretärs des ZK der SED Günter Mittag. Die sich unmittelbar aufdrängende Frage, warum dieses Interesse fehlte, beantworten sowohl die bereits angeführten Arbeiten als auch die wenigen DDR-umwelthistorischen Arbeiten unterschiedlich.²⁴ Zum einen wird immer wieder auf die ideologische Basis des Marxismus verwiesen, dessen Arbeitswertlehre eine effiziente Nutzung natürlicher Ressourcen verhindert habe. Zum anderen wird die besondere weltpolitische Situation der DDR betont, in der Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik die wirtschaftliche Potenz der Planwirtschaft zu beweisen. Dieses Metaargument bedeutet auf die Ebene der DDR heruntergebrochen, dass sich die SED-Führung spätestens ab 1971 auf einen Konsumwettlauf mit der BRD einließ, der die ökonomische Leistungsfähigkeit überstieg. Hubertus Knabe, Cord Schwartau und Gerhard Timm wiesen zudem darauf hin, dass das man-

Ziemer (Hrsg.), *Sozialistische Systeme. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*. München u. a. 1986, 506–513 oder Ilka Nohara-Schnabel, *Zur Entwicklung der Umweltpolitik in der DDR*, in: *Deutschland Archiv* 9, 1976, 809–829.

22 Arnim Bechmann, *Umweltpolitik in der DDR. Dokumente des Umbruchs*. Berlin 1991; Michael Kloepfer, *Instrumente des Umweltrechts der früheren DDR*. Berlin u. a. 1991; Peter Pichl, Uwe Schmidt, *Economic Development and Ecological Crisis in the Former GDR. Opportunities Offered by Change*, in: Markus Jachtenfuchs, Michael Strübel (Hrsg.), *Environmental Policy in Europe. Assessment, Challenges and Perspectives*. Baden-Baden 1992, 133–153 und Helmut Schieferdecker, *Konzepte, Erfolge und Defizite bisheriger Umweltpolitik in der DDR*, in: Bechmann, *Umweltpolitik*, 25–34.

23 Radkau, *Ära*, 139.

24 Hansjörg F. Buck, *Umweltpolitik und Umweltbelastung. Das Ausmaß der Umweltbelastung und Umweltzerstörung beim Untergang der DDR 1989/90*, in: Eberhard Kuhr (Hrsg.), *Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren*. Opladen 1996, 223–266; Hubertus Knabe, *Umweltkonflikte im Sozialismus. Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Problemartikulation in sozialistischen Systemen; eine vergleichende Analyse der Umweltdiskussion in der DDR und Ungarn*. Köln 1993; Arvid Nelson, *Cold War Ecology. Forests Farms and People in the East German Landscape 1945–1989*. New Haven u. a. 2005; Jörg Roesler, *Umweltprobleme und Umweltpolitik in der DDR. Erfurt 2006 und Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung, Umweltschutz Bd. 1*.

gelnde Interesse an Umweltthemen nicht nur ein Kennzeichen der SED-Führung war, sondern auf weite Teile der DDR-Bevölkerung zutraf.²⁵

Die wirtschaftshistorischen Arbeiten, die sich auch mit der ökologischen Situation der DDR befassten, identifizieren dabei im wesentlichen zwei markante Wendepunkte. Die von Honecker eingeführte »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« habe ab 1972 den Spielraum für Investitionen beschnitten und die Auslandsverschuldung erhöht. Nach 1981 musste die DDR ihre massive Verschuldung abbauen, was nur unter einer weiteren Einengung der Investitionsausgaben zu erreichen gewesen sei. Damit hätten der DDR-Wirtschaft sowohl die Innovativkraft, Umweltschutztechnik zu entwickeln, als auch die finanziellen Möglichkeiten gefehlt, entsprechende Technik im Westen zu besorgen.²⁶ Bemühungen, ähnlich der bundesdeutschen Umweltgeschichte, eine ökologische Chronologie aufzustellen, bzw. – wie es Jens Ivo Engels vorgeschlagen hat²⁷ – aus der Umweltgeschichte heraus ein neues Periodisierungsangebot vorzulegen, existieren für die DDR nur in ersten Ansätzen. Jörg Roesler nimmt eine Vierteilung vor, deren Eckpunkte allerdings mit bekannten Daten der DDR-Chronologie identisch sind.²⁸ Der Franzose Michel Dupuy hat sich intensiv mit der Frage der Rauchschadenforschung in der DDR beschäftigt und daraus allgemeine Schlüsse für deren Umweltpolitik abgeleitet. Er unterscheidet dabei drei unterschiedliche Perioden.²⁹ Während zur westdeutschen Wald-

25 Cord Schwartau, Die Entwicklung der Umwelt in der DDR. Neue Probleme durch Renaissance der Braunkohle, in: Redaktion Deutschland-Archiv (Hrsg.), Umweltprobleme und Umweltbewußtsein in der DDR. Köln 1985, 9–38; Gerhard Timm, Die offizielle Ökologiedebatte in der DDR, in: Redaktion Deutschland-Archiv, Umweltprobleme, 117–149 und Knabe, Umweltkonflikte.

26 André Steiner, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR. Bonn 2007; André Steiner, Möglichkeiten und Grenzen einer Planwirtschaft, in: Helga Schultz, Hans-Jürgen Wagener (Hrsg.), Die DDR im Rückblick. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Berlin 2007, 135–154; Manfred G. Schmidt, Der Wohlfahrts- und Arbeitsstaat – die Sozialpolitik, in: André Steiner (Hrsg.), Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte? Berlin 2006, 127–143; Kuhr, Situation und Eberhard Kuhr, Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts- Sozial- und Umweltpolitik. Opladen 1999.

27 Jens Ivo Engels, Umweltgeschichte als Zeitgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2006, 32–38.

28 1945–1960: Zeit des umweltpolitischen Desinteresses; 1961–1970: Erste Impulse; 1971–1975: Die kurze Zeit des Aufbruchs; 1976–1989: Die lange Zeit der Stagnation. Roesler, Umweltprobleme, 3.

29 1949–1962: Wissenschaftler weisen auf die Gefahr der Umweltverschmutzung hin und finden in der Politik teilweise Gehör; 1962–1974: Politik und Wirtschaft beschließen Maßnahmen gegen die Umweltbelastung; 1974–1989: Die politische Führung maskiert ihre ökologische Bilanz und nimmt Wissenschaftlern die Publikationsmöglichkeiten. Michel Dupuy, Les scientifiques et le politique. L'exemple de la question de la pollution atmosphérique en RDA (1949–1989), in: Natures Sciences Sociétés 12, 2004, 327–336, 327 und Michel Dupuy, Histoire de la pollution atmosphérique en Europe et en RDA au XXe siècle. Paris 2003, 82.

sterbensdebatte, deren Vorgeschichte und Wertung bereits einige Arbeiten vorliegen,³⁰ haben Dupuys Untersuchungen zu den ostdeutschen Waldschäden in der deutschen Forschungslandschaft kein Gegenüber. Dupuy lässt sich in seiner Thesebildung stark von den Ereignissen an der Forstfakultät Tharandt leiten. Dem stehen mit einer Beschreibung der Geschichte der Tharandter Immissionsforschung von 1850 bis 2002 und der Geschichte des Chemischen Instituts in Tharandt zwei lexikalisch geprägte Nachschlagewerke zur Seite, die auf die Überprüfung ihrer Befunde durch andere Archivbestände oder Literatur verzichten.³¹ Leider verzichtet auch Dupuy auf eine Einordnung seiner Befunde in die DDR-Geschichte, etwa die Entnazifizierung der Universitäten, Rekrutierungsmechanismen der Wissenschaftler nach 1945 oder das zunehmende Disziplinierungspotential der SED, das diese mittels dreier Hochschulreformen ausbauen konnte.³²

Vgl. auch Michel Dupuy, Des »Rauchschäden« (dommages par les fumées) au »Waldsterben« (dépérissement des forêts) en Allemagne de 1880 à nos jours, in: *Allemagne d'aujourd'hui. Politique, Économie, Société, Culture*, 1999, 85–106; Michel Dupuy, Industries, forêts et pollution atmosphérique en RDA. 1949–1974, in: *Histoire, économie et société* 21, 2002, 571–582 und Michel Dupuy, Les cheminements de l'écologie en Europe. Une histoire de la diffusion de l'écologie au miroir de la forêt 1880–1980. Paris 2004.

30 Rudi Holzberger, Das sogenannte Waldsterben. Zur Karriere eines Klischees: das Thema Wald im journalistischen Diskurs. Bergatreute 1995; Kenneth Anders, Frank Uekötter, Viel Lärm ums stille Sterben. Die Debatte über das Waldsterben in Deutschland, in: Frank Uekötter, Jens Hohensee (Hrsg.), *Wird Cassandra heiser? Die Geschichte falscher Ökoalarme*. Stuttgart 2004, 112–138; Martin Bemann, Beschädigte Vegetation und sterbender Wald. Zur Entstehung eines Umweltproblems in Deutschland 1893–1970. Göttingen 2012; Martin Bemann, Birgit Metzger, Roland Schäfer, Und ewig sterben die Wälder. Das deutsche Waldsterben als historisches Phänomen, in: *Revue d'Allemagne et des Pays de langue allemande* 39, 2007, 417–430; Roland Schäfer, »Lamettasyndrom« und »Säuresteppe«. Das Waldsterben und die Forstwissenschaften 1979–2007. Freiburg 2012; Jens Ivo Engels, »Inkorporierung« und »Normalisierung« einer Protestbewegung am Beispiel der westdeutschen Umweltproteste in den 1980er Jahren, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 40, 2008, 81–100; Lars-Broder Keil, Sven Felix Kellerhoff, Gerüchte machen Geschichte. Folgenreiche Falschmeldungen im 20. Jahrhundert. Berlin 2006; Birgit Metzger, »Erst stirbt der Wald, dann du!«. Das Waldsterben als westdeutsches Politikum (1978–1986). Frankfurt 2014.

31 Svetlozar Rajanov, Geschichte der Tharandter Immissionsforschung 1850–2002. Tharandt 2002 und Heiner Hegewald, Pflanzenchemie, Holzchemie, Immissionsforschung, Agriculturchemie. Das Tharandter Chemische Institut. – Geschichte und Gegenwart –. Dresden 2010.

32 Vgl. zu den angesprochenen Themen John Connelly, Stalinistische Vielfalt. Hochschulpolitik im östlichen Mitteleuropa 1945–1955, in: Dieter Hoffmann (Hrsg.), *Naturwissenschaft und Technik in der DDR*. Berlin 1997, 89–104; John Connelly, Humboldt im Staatsdienst. Ostdeutsche Universitäten 1945–1989, in: Mitchell G. Ash (Hrsg.), *Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten*. Wien 1999, 80–104; John Connelly, *Captive university. The Sovietization of East German, Czech and Polish higher education, 1945–1956*. Chapel Hill 2000; Ralph Jessen, Zwischen Diktatorischer Kontrolle und Kollaboration. Die Universitäten in der SBZ/DDR, in: John Connelly, Michael

Generell ist die Gründungsphase der DDR intensiver aufgearbeitet als die beiden mittleren Jahrzehnte der DDR, von Einzelereignissen wie dem Mauerbau oder dem Machtwechsel von Ulbricht auf Honecker abgesehen. Eine Auseinandersetzung mit umweltpolitischen Ansätzen in der Regierungszeit Ulbrichts fehlt jedoch bisher fast vollständig. Eine höhere Dichte erreicht die Forschungsliteratur zum Zusammenbruch der DDR, die durch das 20-jährige Jubiläum des Mauerfalls 2009 einen erneuten Schub erhielt.³³ Allerdings spielen auch hier spezifische umwelthistorische Fragestellungen meist nur eine Nebenrolle. Von einiger Relevanz und durchaus unterschiedlich beurteilt ist

Grüttner (Hrsg.), *Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts*. Paderborn 2003, 229–263; Hans-Werner Fuchs, *Bildung und Wissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1989*. Hamburg 1997; Aleksandr Haritonow, *Sowjetische Hochschulpolitik in Sachsen 1945–1949*. Weimar 1995; Jens Niederhut, *Wissenschaftsaustausch im Kalten Krieg. Die ostdeutschen Naturwissenschaftler und der Westen*. Köln u. a. 2007; Michael Parak, *Hochschule und Wissenschaft in zwei deutschen Diktaturen. Eliten-austausch an sächsischen Hochschulen 1933–1952*. Köln u. a. 2004; Ilko-Sascha Kowalczuk, *Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961*. Berlin 2003; Dmitrij N. Filippovich, *Die Entnazifizierung der Universitäten der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, in: Manfred Heinemann (Hrsg.), *Hochschuloffiziere und der Wiederaufbau des Hochschulwesens in Deutschland 1945–1949. Die sowjetische Besatzungszone*. Berlin 2000, 35–52; Ralph Jessen, *Vom Ordinarius zum sozialistischen Professor. Die Neukonstruktion des Hochschullehrerberufs in der SBZ/DDR 1945–1969*, in: Richard Bessel (Hrsg.), *Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR*. Göttingen 1996, 76–107; Ralph Jessen, *Zwischen Bildungspathos und Spezialistentum. Werthaltungen und Identitätskonstruktionen der Hochschullehrer in West- und Ostdeutschland nach 1945*, in: Peter Hübner (Hrsg.), *Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR*. Köln u. a. 1999, 361–380; Ralph Jessen, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära*. Göttingen 1999 und Peer Pasternack, *Wissenschaft und Politik in der DDR. Eine Kontrastbetrachtung im Vergleich zur Bundesrepublik*, in: *Deutschland Archiv* 41, 2008, 510–519.

33 Als Beispiele für die unüberschaubare Fülle siehe Eberhard Kuhrt, *Gesellschaft und Alltag im SED-Staat. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren*. Wiesbaden 2009; Armin Fuhrer, *Von Diktatur keine Spur? Mythen und Fakten über die DDR*. München 2009; Christian Führer, *Und wir sind dabei gewesen. Die Revolution die aus der Kirche kam; [der Pfarrer der Nikolaikirche erzählt sein Leben]*. 2. Aufl. Berlin 2009; Leonore Ansorg (Hrsg.), *»Das Land ist still – noch!«*. Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971–1989). Köln u. a. 2009; Jan Schönfelder (Hrsg.), *Das Wunder der Friedlichen Revolution. Prominente Stimmen zum Herbst 1989; [Gunther Emmerlich ... Wolfgang Thierse]*. Leipzig 2009; Fred Taylor, *Die Mauer. 13. August 1961 bis 9. November 1989*. München 2009; Christian Halbrock, *Stasi-Stadt – die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg. Ein historischer Rundgang um das ehemalige Hauptquartier des DDR-Staats-sicherheitsdienstes. Mit einem Vorwort von Marianne Birthler*. Berlin 2009; Martin Hermann (Hrsg.), *Zwanzig Jahre friedliche Revolution*. Warschau, Leipzig, Berlin, Jena. Jena 2010; Andreas Malycha, *Peter Jochen Winters, Die SED. Geschichte einer deutschen Partei. Orig.-Ausg.*. München 2009; Andreas H. Apelt, *Die Opposition in der DDR und die deutsche Frage 1989/90*. Berlin 2009; Hedwig Richter, *Die DDR*. Stuttgart 2009; Michael Lausberg, *DDR 1946–1961*. Marburg 2009 oder Eckart Conze (Hrsg.), *Die demokratische Revolution 1989 in der DDR*. Köln u. a. 2009.

die Frage nach dem Einfluss der Basisgruppen im Vorfeld und während der Wende.³⁴ Je nach Standpunkt der Verfasser fällt dabei der Beitrag der Umweltgruppen größer oder kleiner aus. Stephan Bickhardt, Martin Gutzeit und Ehrhart Neubert teilen nicht nur ihre Abwertung dieser Gruppen, sondern auch ihre Erinnerung als DDR-Theologen in der Friedensbewegung.³⁵ Der Politikwissenschaftler Detlef Pollack sieht jedoch ebenfalls nur einen schwachen Zusammenhang zwischen dem Wirken der oppositionellen Basisgruppen und den Wendeereignissen.³⁶ Dem steht die Sichtweise entgegen, nach der die Umweltbewegung die Friedensbewegung ab 1985 als wichtigste Oppositionsorganisation abgelöst habe.³⁷

Problem- und Fragestellung

Die Ausgangsfrage, warum die Waldschäden in den beiden deutschen Staaten eine extrem unterschiedliche politische und gesellschaftliche Resonanz erzeugten, eröffnete den Blick auf die Umweltgeschichte der DDR in ihrer Gesamtheit. Wie eingangs beschrieben, erfolgt die Operationalisierung des umfangreichen Vorhabens in zwei Schritten – der Suche nach Akteuren und der zeitlichen Ausdehnung – anhand zweier Hypothesen. Am Anfang des Problemaufrisses wer-

34 Kowalczyks Feststellung, dass die Forschung in diesem Bereich von ehemaligen Oppositionellen betrieben wird, trifft auch heute noch weitgehend zu. Ilko-Sascha Kowalczyk, *Gegenkräfte: Opposition und Widerstand in der DDR. Begriffliche und methodische Probleme*, in: Eberhard Kuhrt (Hrsg.), *Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft*. Opladen 1999, 47–75.

35 Stephan Bickhardt, *Die Entwicklung der DDR-Opposition in den achtziger Jahren*, in: *Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«*. Bd. VII/1. Baden-Baden 1995, 450–503; Stephan Bickhardt, *Vernetzungsversuche*, in: *Kuhrt, Opposition*, 331–348; Martin Gutzeit, *Widerstand und Opposition in den achtziger Jahren. Von der Formierung der Opposition bis zum Sturz der SED-Diktatur*, in: *Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission*, 235–245; Markus Meckel, *Martin Gutzeit, Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit – kommentierte Quellentexte*. Köln 1994 und Ehrhart Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*. Bonn 1997.

36 Detlef Pollack, *Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR*. Opladen 2000, 8.

37 Hubertus Knabe, *Der lange Weg zur Opposition. Unabhängige politische Bestrebungen 1983 bis 1988*, in: *Kuhrt, Opposition*, 139–163 und Nathan Stoltzfus, *Public Space and the Dynamics of Environmental Action. Green Protest in the German Democratic Republic*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 43, 2003, 385–403. Es bleibt die Frage offen, ob eine derart strikte Trennung der Gruppen nach inhaltlicher Stoßrichtung für die DDR überhaupt sinnvoll ist, da viele Basisgruppen beide Ziele gleichzeitig verfolgten. Stoltzfus betont jedoch, dass die Umweltgruppen mit ihren Forderungen am schnellsten und am deutlichsten die Grenzen der Reformfähigkeit des Systems gespürt und relativ gesehen den größten Erfolg darin gehabt hätten, Öffentlichkeit für ihre Anliegen herzustellen. Ebd., 386.

den die beiden Hypothesen aufgefächert, um das Forschungsprogramm deutlicher umreißen zu können.

Ökologisches Deutungsmuster

Am 25. März 1985 hielt Hans Reichelt, Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, eine Rede vor Studenten und Dozenten der Pädagogischen Hochschule »N. K. Krupskaja« in Halle, in der er die bundesdeutsche Waldsterbensdebatte als »Manipulierung der Masse durch Presse, Rundfunk und Fernsehen« abqualifizierte.³⁸ Sie erzeuge »Hysterie und Ängste«. Im gleichen Jahr beantworteten 53 Prozent aller Bundesbürger die Frage »Wenn es so weitergeht wie bisher, werden im Jahr 2000 alle Wälder abgestorben sein?« mit »Ja«.³⁹ Die absolute Mehrheit der Westdeutschen teilte eine Zukunftsvision, die vom heutigen Standpunkt irrational und befremdlich anmutet.

Diese beiden Äußerungen spiegeln die Ambivalenz der Waldsterbensdebatte wider. Während die Debatte zunehmend dekonstruiert und historisiert und dabei teilweise als markantes Beispiel eines ›Ökoalarmismus‹ disqualifiziert wird⁴⁰, bleibt eine ihrer Facetten davon bisher weitgehend unberührt. Unabhängig davon, ob die Waldschäden nun ›real‹ gewesen seien oder nicht, wertet Roderich von Detten die Waldsterbensdebatte als Katalysator einer »ökologischen Modernisierung«.⁴¹ Die Debatte verschaffte, überspitzt und thesenhaft formuliert, der Bundesrepublik in den 1980er Jahren die umweltmoralische Luft-
hoheit gegenüber der DDR. Das Waldsterben wirkte als Aufbruch in ein neues ökologisches Zeitalter, als Absolution, und alle Geschehnisse ante quem wurden bedeutungslos. Die latente Unsicherheit im westlichen Lager, ob der Sozialismus nicht vielleicht doch die besseren Lösungen im Umgang mit der Umwelt habe, verlor sich im Laufe der Waldsterbensdebatte. Wäre die DDR 1980/81 im Zuge der Polnischen Krise über ihren Finanzproblemen zusammengebrochen, niemand im Westen hätte ihr ökologisches Versagen vorgeworfen. Anfang der 1980er Jahre fand die ostdeutsche Umweltdebatte im Gegenteil noch ein wohlwollendes Urteil in bundesdeutschen Analysen.

38 BArch DK 5/5644 Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Reden und Vorträge des Ministers, Rede vor Studenten und Dozenten der Pädagogischen Hochschule »N. K. Krupskaja« in Halle vom 25.3.1985.

39 Internationales Institut für Umwelt und Gesellschaft, Waldsterben: Urteilsgewohnheiten und Kommunikationsprozesse. Ein Erfahrungsbericht. Berlin 1986, 9.

40 Vgl. dazu Franz-Josef Brüggemeier, Waldsterben. The Construction an Deconstruction of an Environmental Problem, in: Mauch, Blackburn, Nature, 119–131.

41 Roderich von Detten, Umweltpolitik und Unsicherheit. Zum Zusammenspiel von Wissenschaft und Umweltpolitik in der Debatte um das Waldsterben der 1980er Jahre, in: Archiv für Sozialgeschichte, 2010, 217–269, 267–268 und Metzger, Waldsterben als Politikum.

Reichelts Rede steht dabei als Beispiel für eine DDR-Führungsriege, die aus ihrem Machtkalkül heraus an einer alle ökologischen Belange ignorierenden Wirtschaftspolitik festhielt und in ihrem Kassensturz einen vom Braunkohle-tagebau zerwühlten Boden, vielfach verschmutzte Wasserläufe, giftige Schlammgruben und Halden der Chemieindustrie, eine von Staub und Schwefeldioxid belastete Luft und an Immissionen leidende Wälder hinterließ. Kurzum, ein ökologisches Horrorszenario.

Die vorliegende Arbeit hat nicht das Ziel, eine ökologische Ehrenrettung der DDR und ihres politischen Spitzenpersonals anzustreben. Nach Eckart Jesse allerdings wird ein gescheitertes System – wie die DDR eines war – wesentlich kritischer wahrgenommen.⁴² Dieser auf das politische System bezogene Befund lässt sich auf die ökologische Bilanz übertragen. Da niemand weit und breit zu finden war, der die Umweltpolitik eines untergehenden Staates verteidigen wollte oder glaubwürdig verteidigen konnte, erschien die eigene – sprich die bundesdeutsche – Politik in einem helleren Licht.

Eine zentrale Aufgabe der vorliegenden Untersuchung wird es darum sein, die Umweltpolitik der DDR von dieser einengenden Deutung zu befreien und ihr mehr Breite und Tiefe zu geben. In den 40 Jahren zwischen 1949 und 1989 sollen Akteure identifiziert werden, die die Umweltpolitik der DDR entscheidend prägten. Dabei rücken solche Akteure in den Fokus der Untersuchung, die anhand ihrer Schlüsselpositionen in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft die Umweltpolitik bzw. umweltpolitische Vorstellungen beeinflussen konnten. An ihnen sollen die strukturellen Gegebenheiten der DDR-Umweltpolitik deutlich gemacht und Handlungsspielräume definiert werden.

Dieses Programm für sämtliche unter Umweltpolitik subsumierten Aspekte (Gewässerschutz, Klimaschutz, Artenschutz, Entsorgung, usw.) auszudeklinieren, würde den Umfang des Vorhabens sprengen. Am Beispiel der immissionsbedingten Waldschäden werden die formulierten Ziele ausdifferenziert. Bei der Verfeuerung fossiler Brennstoffe entsteht Schwefeldioxid, das ab einer bestimmten Konzentration toxisch auf Lebewesen wirkt. Im Gegensatz zu anderen Abgas-Emissionen, die im relativ engen Umkreis der Quelle niedergehen, ist Schwefeldioxid sehr weittragend und kann noch nach tausenden von Kilometern als schädliche Immission auf die pflanzliche und tierische Umwelt einwirken. Dieses Feld bietet sich aus mehreren Gründen für eine Eingrenzung an.

Erstens besaß die DDR mit der Forstfakultät Tharandt ein seit Mitte des 19. Jahrhunderts international anerkanntes Forschungszentrum. Hier hatte die Rauchschaadforschung einen ihrer Anfänge. Zweitens drängte das Problem grenzüberschreitender Schwefeldioxidemissionen ab Ende der 1960er Jahre in die nordatlantische Diplomatie. Die Hinweise skandinavischer Staaten, dass

42 Eckhard Jesse, War die DDR totalitär?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 40, 1994, 12–23, 12.

kontinentaleuropäische und britische SO₂-Emissionen zu einer Versauerung ihrer Seen geführt hätten, setzte einen Verhandlungsprozess in Gang, an dessen Ende 1979 das Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung stand. Umweltpolitik wurde damit zur Außenpolitik.

Mit dem gewählten Ansatzpunkt der Waldsterbensdebatte geht ein gewisser Westzentrismus der gesamten Untersuchung einher. Der Blick wird sich allerdings auch immer wieder nach Osten richten. Der Handlungsspielraum der DDR war in Umweltfragen durch die politische und wirtschaftliche Einbindung in den Ostblock eingeengt und Polen und die Tschechoslowakei sahen sich vor ähnliche Probleme gestellt. Seit den späten 1950er Jahren gab es gemeinsame Forschungsprojekte im Bereich Waldschäden und Luftverschmutzung und bereits seit den 1960er Jahren versuchte die DDR auf politischem Wege, die ČSSR zu einer Senkung der Schwefeldioxidemissionen im nordböhmischen Industriegebiet zu bewegen.

Ein dritter Aspekt ist der Zusammenhang zwischen Realpolitik und Ideologie. Die DDR ruhte ideologisch auf einem marxistischen Fundament, also musste auch ihre Umweltpolitik marxistisch sein. Wie eine marxistische Umweltpolitik aussehen kann, welche Elemente ihr konstitutiv sind, welches Verhältnis zwischen Umwelt und Gesellschaft sich aus ihr ableiten lässt, welche Möglichkeiten sie eröffnete bzw. versperrte, wird Gegenstand dieser Untersuchung sein.

Ein Kernelement des Marxismus war die geplante Wirtschaft, die je nach Ausgestaltung dem Umweltschutz günstige oder weniger günstige Möglichkeiten eröffnen kann. In der Literatur dominiert der Aspekt des Versagens der Planwirtschaft, das unmittelbar für den Zusammenbruch nicht nur der DDR, sondern aller sozialistischer Staaten Osteuropas, verantwortlich war. Umweltschutz erfordert Investitionen, die je nach Leistungsfähigkeit der Wirtschaft einfacher oder schwieriger zu stemmen sind.

Über die Verteilung der Investitionsmittel entschied der ›Plan‹, dessen Ausgestaltung Günter Mittag wesentlich mitbestimmte. Diese Untersuchung kann und wird darum nicht die Führungsebene der SED ausblenden, sondern versuchen, die in der Forschungsliteratur verbreitete Erklärung von der umweltpolitischen Ignoranz mit Inhalt zu füllen und zu hinterfragen sowie das Zusammenspiel zwischen den verschiedenen Leitungsebenen zu analysieren.

Die Herrschaft der SED stützte sich nicht auf demokratische Prinzipien, sondern auf die militärische Macht der sowjetischen Besatzungstruppen. Die Partei versuchte beständig, dieses Legitimationsdefizit zu verringern, um die Akzeptanz ihrer Herrschaft unter den Regierten zu erhöhen und um eine gewisse Art der *volonté générale* über die Bajonette hinaus herzustellen. Ein Versprechen, das die SED-Führung den Menschen in der DDR zu diesem Zwecke gab, war, für ein harmonisches Verhältnis zwischen Gesellschaft und Umwelt zu sorgen. Die Nutzbarmachung der Umwelt als Legitimationsquelle für ihr diktatorisches Regime war tagespolitischen Schwankungen unterworfen.

Teleologisches Deutungsmuster

Im Jahr 2009 war auf dem Berliner Alexanderplatz eine Open-Air-Ausstellung mit dem Titel »Friedliche Revolution 1989/90« aufgebaut.⁴³ Auf 300 Metern Stellwänden informierte sie über die Wende im Herbst 1989 und die Wiedervereinigung Deutschlands. Es war der Anspruch des Kurators, auch die Vorgeschichte des Umschwungs darzustellen. Darum setzte die Ausstellung in den frühen 1980er Jahren an und versuchte, die verschiedenen Fäden zum Kulminationspunkt 1989 zusammenzuführen.

Ein Segment befasste sich mit der Umweltsituation in der DDR. Neben der Abbildung einer Protestpostkarte, die auf den bedenklichen Zustand der Wälder im Erzgebirge hinwies, stand folgender Text:

Plakat der systemkritischen Umweltbewegung. Anfang der 1980er-Jahre nimmt das Waldsterben in den Mittelgebirgen katastrophale Ausmaße an. Die SED-Führung unterdrückt eine öffentliche Diskussion über dieses Thema.

Ilko-Sascha Kowalczyk sah in der »oppositionelle[n] Umweltschutzbewegung« den »Sargnagel des Regimes«.⁴⁴ Den Tenor der Berliner Ausstellung treffend schrieb er, »Umweltbewegung« bedeute, »Gesellschaftsveränderung anzustreben«.⁴⁵ In seiner großen Verfallsgeschichte der DDR versieht er dabei die Gruppen mit einer retrospektiven Sinngebung, die durch die Zeitereignisse unzureichend gedeckt ist. Die Umweltgruppen erhalten darin den Charakter einer »Fünften Kolonne«, die das Umweltthema aus dem Westen gezielt importierten, um den Herrschaftsanspruch der SED zu unterminieren.

Diese teleologische Ausrichtung auf den Herbst 1989 verstellt einen unvoreingenommenen Blick auf die Menschen, die sich ab Ende der 1970er Jahre dafür einsetzten, die DDR als lebenswerten Ort zu erhalten. Es führt zu keiner höheren Erkenntnis, dieses Wirken in einen Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der DDR zu stellen oder diesen Zusammenhang zu konstruieren. Ja, es verhindert eine höhere Erkenntnis geradezu, denn für diese Menschen lag ein Zusammenbruch des Systems weit außerhalb ihrer Vorstellungskraft.⁴⁶

43 Die Ausstellung wurde von der Robert-Havemann-Gesellschaft zusammengetragen und war bis zum 3. Oktober 2010 aufgebaut. Nach einer Mitteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 24. März 2014 wird die Ausstellung ab 2015 auf dem Gelände des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit in der Berliner Normannenstraße wieder aufgebaut werden. Der Autor hat die Ausstellung selbst besucht.

44 Ilko-Sascha Kowalczyk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. 2., durchgesehene Auflage. München 2009, 126–127.

45 Ebd., 238.

46 Eine Einsicht, die auch von westdeutschen Kommunismusforschern geteilt wurde. Glaeßner schrieb dazu 1986: »Da die Emanzipation der Gesellschaft gegenüber der Partei und ihren Apparaturen ausgeschlossen ist, kann jede strukturelle Differenzierung, jede Diversifikation von Beratung, Kontrolle und Information nur im Rahmen und unter den

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es darum, die Umweltgruppen in der DDR von ihren teleologischen Deutungen zu befreien und sie als Akteure in die DDR-Geschichte zurückzuführen. Davon unberührt bleibt ihre Bedeutung für die Rezeption der bundesdeutschen Waldsterbensdebatte in der DDR. Zahlreiche Gruppen gründeten sich als Reaktion auf die Waldschäden bzw. sie erlebten die intensive Debatte als mobilisierend. Aber für nahezu jede gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik lassen sich auch in der DDR Beispiele finden. Das Problem liegt in der Differenzierung: Waren dies die ›Leuchttürme‹ einer kosmopolitischen Klasse, die auch unter den Verhältnissen des abgeschotteten Landes immer Anschluss an weltweite Strömungen halten konnten, oder waren es die Triebe einer breiten gesellschaftlichen Regung?

Anhand der aufgestellten Hypothesen und den dazugehörigen Ausführungen seien schließlich sechs Fragekomplexe aufgeworfen:

1. Wie arbeitete der Umweltschutzapparat der DDR in seiner Gesamtheit? War das in der Literatur für Mittag beschriebene Desinteresse an ökologischen Fragestellungen ein Strukturmerkmal aller staatlichen, parteilichen, gesellschaftlichen und akademischen Ebenen?

2. Wer beschäftigte sich in der DDR wann und warum mit der Frage der immissionsbedingten Waldschäden? Diese allem zugrunde liegende Frage erlaubt noch keine ausreichende Eindringtiefe, denn für die Forstwissenschaftler an der TU Dresden fiel die Antwort recht knapp aus: Sie taten es 40 Jahre lang, weil es ihr Beruf war. Aber konnten sie dies 40 Jahre lang mit der gleichen Intensität tun und hatten sie die gesamte Zeit über den gleichen Zugang zu Publikationsmöglichkeiten? Wo sind die Brüche zu verorten? Welche gesellschaftliche Gruppe brachte neue Elemente in die Diskussion hinein und wie reagierten die anderen Akteure darauf?

3. Welchen Handlungsspielraum schließlich besaßen einzelne Personen, die sich in der DDR mit dem Thema Umwelt befassen wollten? Welche Wünsche und Vorstellungen hatten die einzelnen Akteure und was konnten sie davon umsetzen?

4. Welche Argumente wurden von den Akteuren hervorgebracht, um umweltpolitische Maßnahmen durchzusetzen oder zu verhindern? Welche politischen und wirtschaftlichen Ziele erwiesen sich dabei als anschlussfähig?

5. Wie nutzte die stets um ihre internationale Akzeptanz ringende DDR-Führung die Umweltpolitik, um ihre Reputation zu steigern?

6. 1989 war das von der SED gegebene Versprechen vom harmonischen Miteinander von Umwelt und Gesellschaft eine Farce. Trifft dies für die gesamten 40 Jahre der SED-Diktatur zu? Sind die Gründung des Ministeriums für

Bedingungen der bestehenden Strukturprinzipien und Regelungsmechanismen erfolgen.« Gert-Joachim Glaesner, Reformierbarkeit sozialistischer Systeme, in: Ziemer, Sozialistische Systeme, 366–372, 367.

Umweltschutz und Wasserwirtschaft, die umweltpolitischen Programme der späten 1960er Jahre und die Aufklärungskampagnen der frühen 1970er Jahre als ernsthaftes Bemühen nach einer »ökologischen Zähmung der Wirtschaft« anzusehen?⁴⁷

Mit der Beantwortung der Fragen ergibt sich ein differenzierteres Bild der DDR-Umweltpolitik, die sich eigenen Themen zuwandte und für diese eigene Problemlösungsstrategien entwickelte. Dabei agierten die maßgeblichen Akteure nicht in einem luftleeren Raum, sondern zeigten sich auch für von außen kommende Debatten verarbeitungsbereit, etwa die in den 1970er Jahre beginnende Auseinandersetzung um die Grenzen des Wachstums oder die Waldsterbensdebatte der 1980er Jahre.

Ansatz, Methode und Quellen

Die Frage, warum Gesellschaften sich für den Zustand ihrer Umwelt zu interessieren beginnen, ist ein umstrittener Gegenstand der Umweltgeschichte. Dabei greift sie auf soziologische Erklärungsansätze wie Ronald Ingleharts post-materialistischen Wertewandel oder Ulrich Becks reflexive Modernisierung zurück.⁴⁸ Im Kern geht es dabei um die Frage, welche gesellschaftlichen Voraussetzungen vorhanden sein müssen, damit ein bestimmter Umweltzustand als »Problem« verstanden wird. Für die DDR erscheint die Anwendung solcher Konzepte schwierig. Inglehart entwickelte sein Konzept, um Veränderungen in der westlichen Gesellschaft erklären zu können. Eine Übertragung auf staatssozialistische Gesellschaften scheitert zum einen an den nur lückenhaft vorhandenen empirischen Daten – etwa Umfragen – und zum anderen an der – formalen – Gültigkeit der marxistisch-leninistischen Lehre, die eigene Erklärungen für gesellschaftlichen Wandel fand. Ein Vergleich der Wirtschaftsstruktur ergibt allerdings den Befund, dass die DDR die um 1970 einsetzende Veränderung zur »Dienstleistungsgesellschaft« nur sehr verzögert vollzog und hier einen time-lag von etwa zehn Jahren aufwies.

Der Anspruch von Beck hingegen lässt sich als universell bezeichnen. Umweltbewusstsein ist bei ihm die Folge eines gestiegenen Risikos. Beck diagnostizierte eine absolute Gefährdungszunahme, die damit auch für die DDR gelten müsste. Allerdings spielten in Becks Überlegungen die Wissenschaftler

47 Hans-Ulrich Wehler, Diktaturvergleich, Totalitarismustheorie und DDR-Geschichte, in: Arnd Bauerkämper, Martin Sabrow, Bernd Stöver (Hrsg.), Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990. Christoph Kleßmann zum 60. Geburtstag. Bonn 1998, 346–352, 349–350.

48 Ronald Inglehart, *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton 1977 und Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Erstausg., [Nachdr.] Frankfurt 2007.

eine entscheidende Rolle. Die Gefahren der reflexiven Moderne seien mit den menschlichen Sinnen nicht mehr wahrnehmbar, sondern bedürften einer Übersetzungsleistung bzw. Sichtbarmachung durch die Wissenschaft. Das Waldsterben war in diesem Denkmodell die Manifestation der unsichtbaren Bedrohung Luftverschmutzung. Eine Frage ist, ob eine ähnliche Übersetzungsleistung in der DDR nötig bzw. überhaupt möglich war. Während im Westen in den 1980er Jahren die mittelbaren ökologischen Belastungen überwogen, sah der DDR-Umweltaktivist Carlo Jordan den Osten mit der lokalen Zerstörung ganzer Landschaften konfrontiert.⁴⁹

Im Unterschied zu Beck, dessen Überlegungen der Idee der Problemdruckthese⁵⁰ grundsätzlich verbunden blieben, entwickelte der Politikwissenschaftler Volker von Prittwitz mit der Kapazitätenthese einen anderen Ansatz.⁵¹ Prittwitz bemerkte einen zeitlichen Abstand zwischen dem Maximum der Belastung und dem Einsetzen der politischen Bearbeitung. Daraus zog er den Schluss, dass Systeme nur Probleme thematisieren, »die sie bewältigen können«. Für eben diese Bewältigung sah er das Vorhandensein von Kapazitäten im Sinne von ökonomischen, technischen, soziokulturellen und institutionellen Voraussetzung als notwendig an.⁵² Dieser Ansatz besitzt aus zwei Gründen einen gewissen Charme. Erstens müssen in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft gleichzeitig Kapazitäten vorhanden sein, damit es zu einer Reaktion kommt. Es reicht nicht aus, dass etwa Wissenschaftler ein bestimmtes Problem umschreiben, wenn gleichzeitig in der Gesellschaft die notwendigen soziokulturellen Voraussetzungen für eine Behandlung fehlen. Damit knüpfte Prittwitz auch an die Wertewandelthese Ingleharts an, die den notwendigen Resonanzboden für Umweltbewusstsein geschaffen habe. Zweitens erklärte Prittwitz das Ausbleiben einer politischen Bearbeitung bei noch nicht vorhandenen Kapazitäten mit der Theorie der kognitiven Dissonanz. Aus Gründen der psychischen Stabilität würden Probleme so lange ignoriert, bis entsprechende Lösungen zur Verfügung stünden.⁵³ Der letzte Punkt drängt sich für eine Übertragung auf die DDR-Geschichte auf, da eine große Lücke zwischen Erfolgspropaganda und tatsächlichem Zustand ein Kennzeichen des Systems war. Damit wird nicht etwa die gängige Geheimhaltungs- und Verschleierungspraxis angesprochen,

49 Carlo Jordan, Im Wandel. Ökologiebewegung und Grüne im Osten, in: Gerda Haufe, Ernst Bruckmüller (Hrsg.), Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Bundesländern. Opladen 1993, 240–260, 241.

50 Nach der Problemdruckthese ist das gesellschaftliche Umweltbewusstsein eine einfache Funktion, die sich aus schwerwiegenden ökologischen Problemen ergibt.

51 Volker von Prittwitz, Das Katastrophenparadox. Elemente einer Theorie der Umweltpolitik. Opladen 1990 und Volker von Prittwitz, Katastrophenparadox und Handlungskapazität. Theoretische Orientierung der Politikanalyse, in: Adrienne Windhoff-Héritier (Hrsg.), Policy-Analyse. Opladen 1993, 328–355.

52 Ebd., 346.

53 Ebd., 338–339.